

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Letzte Chance nutzen & Volksbegehren ernst nehmen: Bundesratsinitiative auf Fristverlängerung der Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch ergreifen

Beschlussvorschlag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat einen Antrag einzubringen mit dem Ziel, die in § 249 Abs. 3 BauGB benannte Frist um 1 Jahr auf den 31.12.2016 hin zu verlängern.

Begründung:

Der Landtag Brandenburg hat im Laufe des Jahres 2015 verschiedene sich mit dem Thema Windkraft, Energieversorgung, Abstandsregelung u. ä. beschäftigende Vorlagen behandelt. Hierbei sind der politische Mehrheitswille sowie die unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Fraktionen bzw. Gruppen deutlich geworden. Dies erkennt die Antragstellerin an und nimmt das insofern gefestigte Meinungsbild zur Kenntnis.

Zugleich hat die Volksinitiative für eine 10-H-Abstandsregel und gegen die Bebauung von Wäldern mit Windkraftanlagen mit über 30.000 Unterschriften die erforderliche Zahl zur Durchführung eines Volksbegehrens erreicht. Auch wenn die Mehrheit des Landtages die Volksinitiative abgelehnt und somit die Durchführung des Volksbegehrens erforderlich gemacht hat, so war es doch erklärte Position der allermeisten Landtagsmitglieder, dass das dahinterstehende, überparteiliche bürgerschaftliche Engagement zu würdigen und anzuerkennen ist.

Unabhängig davon, ob und welche Fraktion bzw. Gruppe das Anliegen des anlaufenden Volksbegehrens unterstützt oder nicht, ist zumindest Konsens, dass das auf den Weg gebrachte direktdemokratische Element eine faire Chance verdient. Auch diejenigen, die die Inhalte der Initiatoren nicht teilen, haben immer betont, dass sie den direktdemokratischen Gesetzgebungsweg mit Respekt behandeln werden.

Um dem Volksbegehren eine wenigstens theoretische Chance zu geben, müssen Bedingungen geschaffen werden, die eine zumindest denkbare Durchsetzung des Begehrens möglich machen. Nach derzeitiger Regelung des § 249 Abs. 3 BauGB können die Bundesländer eine Abstandsregel bis 31.12.2015 einführen. Hiernach besteht diese Möglichkeit nicht mehr.

Unterstellt das Volksbegehren und ein etwaiger, sich anschließender Volksentscheid wären erfolgreich: Kein Landtagsmitglied würde an der demokratischen Legitimität dieses Ergebnisses zweifeln. Allerdings könnte es nicht mehr umgesetzt werden, weil die bundesgesetzliche Frist ausgelaufen wäre. Wenn man also im Rahmen des Volksbegehrens den interessierten Bürgern eine Meinungsbildung sowie Meinungsbekundung (Unterschrift) bis hin zu einer möglichen Entscheidung über eine echte Sach- und keine Phantom-Frage geben möchte, muss eine Fristverlängerung der Länderöffnungsklausel beantragt werden. Dadurch könnten sich die Bürger im Jahr 2016 eine Meinung über eine politische, alle Regionen unseres Landes betreffende Frage bilden, die weiterhin spruchreif und nicht mehr nur hypothetischer Natur ist. Anderenfalls wären auch die bereits gesammelten Unterschriften in weiten Teilen entwertet, was auch unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten inakzeptabel erscheint.

Durch Zustimmung zu diesem Antrag würde die Landtagsmehrheit auch nicht ihre politische Meinung in der Sache ändern. Es würde keine bauordnungsrechtliche Änderung im Land eintreten. Lediglich die substantiierte Durchführung eines Volksbegehrens würde ermöglicht werden.

Péter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe